



Fachbereich WD 2

Loslösung von völkerrechtlichen Bestimmungen zum Asylrecht

Loslösung von völkerrechtlichen Bestimmungen zum Asylrecht

Aktenzeichen:	WD 2 - 3000 - 022/25
Abschluss der Arbeit:	19. Mai 2025 (zugleich letzter Zugriff auf Internetlinks)
Fachbereich:	WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Völkerrechtliche Regelungen zum Asylrecht	4
1.1.	Kein menschenrechtlicher Anspruch auf Asyl im Völkerrecht	4
1.2.	Völkerrechtliche Beschränkungen aufenthaltsbeendender Maßnahmen	6
2.	Loslösung von völkerrechtlichen Verträgen	7
2.1.	Überblick	7
2.2.	Kündigungsklauseln	8
2.3.	Kündigungspraxis	8
2.4.	Vorbehalte	9
3.	Völkergewohnheitsrecht	9
4.	Fazit	10

Über die Frage, ob Deutschland das Asylrecht rechtlich aussetzen bzw. abschaffen könnte, wird in Wissenschaft und Praxis seit längerem diskutiert.¹ Dieser **Sachstand** skizziert die **völkerrechtliche Lage zum Asylrecht** (dazu 1.) und erörtert dann Möglichkeiten einer rechtlichen **Loslösung** von den **völkerrechtlichen Bestimmungen zum Asylrecht** (dazu 2. und 3.).²

1. Völkerrechtliche Regelungen zum Asylrecht

1.1. Kein menschenrechtlicher Anspruch auf Asyl im Völkerrecht

Die Brisanz der Debatte um eine Aussetzung/Abschaffung des Asylrechts relativiert sich bereits dadurch, dass zumindest das Völkerrecht (insb. die **internationalen Menschenrechtsverträge**) **kein dem deutschen Asylgrundrecht** (Art. 16a Abs. 1 GG) **vergleichbares Individualrecht auf Asyl** enthält. Folglich besteht weder eine völkerrechtliche Pflicht der Staaten zur Gewährung von Asyl noch – bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen – ein individueller Anspruch auf Asyl als Korrelat einer staatlichen Handlungsverpflichtung.³

Die als **Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN)** angenommene **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** (AEMR)⁴ garantiert in Art. 14 „das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“.⁵ Die Erklärung begründet aber nach Auffassung der Völkerrechtslehre⁶ keinen individuellen Anspruch, es auch zu erhalten.⁷

-
- 1 Vgl. etwa Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR), „Vorschlag Abschaffung individuelles Asylrecht: unvereinbar mit Menschenrechten“, Pressemitteilung, 18. Juli 2023, <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/vorschlag-abschaffung-individuelles-asylrecht-unvereinbar-mit-menschenrechten>. Süddeutsche Zeitung, 27. September 2023, „Kann Deutschland das individuelle Asylrecht aussetzen?“, <https://www.sueddeutsche.de/politik/asylrecht-nancy-faeser-obergrenze-menschenrechtskonvention-1.6258587>. Insb. zur Diskussion über „Obergrenzen“ und „Kontingentlösungen“: Medien Dienst, 7. April 2025, „Kann Deutschland das individuelle Asylrecht aussetzen?“, <https://mediendienst-integration.de/artikel/kann-deutschland-das-individuelle-asylrecht-aussetzen.html>.
 - 2 Regelungen des nationalen bzw. EU-Asylrechts betreffen die Zuständigkeit der Fachbereiche WD 3 / EU 6.
 - 3 Vgl. Gornig, Völkerrecht, München 2023, § 114 Rn. 1 und 5; Kälin/Künzli, Universeller Menschenrechtsschutz, Baden-Baden, 5. Aufl. 2025, Rn. 1487; Arnould, Völkerrecht, Heidelberg, 5. Aufl. 2023, Rn. 796; Goodwin-Gill/Mc Adam, The Refugee in International Law, Oxford, 4. Aufl. 2023, S. 400.
 - 4 Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948, <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>. Teile der AEMR gelten heute als Völkergewohnheitsrecht.
 - 5 Art. 14 Abs. 2 AEMR schränkt das Asylrecht ein: „Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich aufgrund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder aufgrund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.“
 - 6 Vgl. etwa Kälin/Künzli, Universeller Menschenrechtsschutz, Baden-Baden, 5. Aufl. 2025, Rn. 1487; ablehnend auch Frei/Hinterberger/Hruschka, in: Hruschka (Hrsg.), Genfer Flüchtlingskonvention. Handkommentar, Baden-Baden: Nomos 2022, Art. 1 Rn. 28.
 - 7 Auch das Recht auf Zugang zu einem Gericht (Grundrecht auf rechtliches Gehör und faires Verfahren, Art. 101 Abs. 1 S. 2 und Art. 103 Abs. 1 GG, Art. 6 EMRK) begründet keinen Anspruch auf ein bestimmtes Urteil.

Das Völkerrecht **überlässt es vielmehr den Staaten**, einen individuellen Anspruch auf Asyl einschließlich dessen Voraussetzungen **(grund-)rechtlich auszugestalten** (vgl. Art. 16a GG, AsylG).⁸ Bereits bei der Verabschiedung der AEMR im Jahre 1948 zeigte sich ein Spannungsfeld zwischen jenen Staaten, die „Asyl“ als **souveräne Prärogative** betrachteten und jenen Staaten, die Asyl als eine **Pflicht der internationalen Gemeinschaft** ansahen.⁹

Die als „Magna Charta der Flüchtlinge“¹⁰ bezeichnete **Genfer Flüchtlingskonvention** (GFK) vom 28. Juli 1951 enthält eine Reihe von **Schutz- und Status-Rechten für Geflüchtete**.¹¹ Die Konvention beschränkt den Flüchtlingsbegriff dabei auf Personen, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb ihres Herkunftslandes befinden (Art. 1 GFK).¹² Das **deutsche Asylgesetz** (AsylG) verweist in seinen §§ 2 und 3 auf die Rechtsstellung von Flüchtlingen nach der GFK und inkorporiert die statusrechtlichen Regelungen der GFK in das deutsche Asylrecht.

Die GFK schreibt indes nicht vor, unter welchen Voraussetzungen ein GFK-Mitgliedstaat einem Geflüchteten **individuelles Asyl (in Form eines Aufenthaltstitels) zu gewähren hat**.¹³ Die GFK erwähnt das Wort „Asylrecht“ nur an einer einzigen Stelle – der **Präambel** – in der es heißt:

„[...] in der Erwägung, dass sich **aus der Gewährung des Asylrechts nicht zumutbare schwere Belastungen für einzelne Länder ergeben können** und dass eine befriedigende Lösung des Problems [...] ohne internationale Zusammenarbeit [...] nicht erreicht werden kann.“

-
- 8 In diesem Sinne formuliert Art. 12 Abs. 3 der [Afrikanischen Menschenrechtscharta](#) („Banjul Charta“ vom 27. Juni 1981) „Jedermann hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen, soweit dies mit den Gesetzen der ersuchten Länder und mit internationalen Übereinkommen übereinstimmt.“
- 9 *Goodwin-Gill/McAdam*, The Refugee in International Law, Oxford 4. Aufl. 2021, S. 404 (und Anm. 25 mit Nachweisen aus der Staatenpraxis).
- 10 *Arnauld*, Völkerrecht, Heidelberg: Müller, 5. Aufl. 2023, Rn. 791.
- 11 Dazu zählt etwa der Schutz vor Diskriminierung (Art. 3 GFK), Religionsfreiheit (Art. 4 GFK), Recht auf freien Zugang zu den nationalen Gerichten (Art. 16 GFK), Recht auf Freizügigkeit (Art. 26 GFK) u.a.m., jedoch keine Regelungen über einen Familiennachzug. Text der GFK ist abrufbar unter: <https://www.unhcr.org/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer-Fluechtlingskonvention-und-New-Yorker-Protokoll.pdf>.
- 12 Im Gegensatz zur GFK, die die Rechte von Geflüchteten normiert, ist der [VN-Migrationspakt](#) (*Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*) vom 11. Juli 2018, der die Stellung von Migranten und Migrantinnen regelt, völkerrechtlich nicht bindend. Näher dazu *Arnauld*, Völkerecht, Heidelberg, 5. Aufl. 2023 Rn. 802.
- 13 *Hruschka*, in: Ders. (Hrsg.), Genfer Flüchtlingskonvention. Handkommentar, Baden-Baden: Nomos 2022, Einl. Rn. 21; Die GFK enthält folglich *kein Recht auf Asyl* – so auch *Knödler*, Stichwort „Genfer Flüchtlingskonvention“, online Lexikon, 16. Juni 2023, <https://www.socialnet.de/lexikon/Genfer-Fluechtlingskonvention>.

1.2. Völkerrechtliche Beschränkungen aufenthaltsbeendender Maßnahmen

Die völkerrechtlichen Normen mit Bezug zum Asylrecht setzen **an anderer Stelle** an. Statt eines grundrechtlich verbürgten „Rechts auf Aufnahme“ eines Asylbewerbers gestaltet das Völkerrecht Elemente eines „Bleiberechts“ von Nicht-Staatsangehörigen (Migranten und Migrantinnen, Geflüchtete) aus und unterwirft dazu **aufenthaltsbeendende Maßnahmen** von Staaten (Ausweisung, Abschiebung, Rückführung) einer Reihe von **flüchtlings- und menschenrechtlichen Bindungen** bzw. **setzt ihnen Grenzen**.¹⁴

So sind etwa **Massen- bzw. Kollektivausweisungen** aus menschenrechtlicher Sicht **verboten** (vgl. z. B. Art. 4 ZP IV/EMRK, Art. 22 Abs. 9 Amerikanische Menschenrechtskonvention, Art. 12 Abs. 5 Afrikanische Charta der Menschenrechte), da sie keine individuelle Prüfung des Einzelfalls ermöglichen. Konventionsrechtlich ist es irrelevant, ob der Aufenthalt der betroffenen Ausländer rechtmäßig war oder nicht. Rechtfertigungsgründe für Kollektivausweisungen kennt die EMRK nicht.¹⁵

Darüber hinaus existieren völkerrechtliche **Verbote der Zurückweisung („push-backs“) bzw. der Rückführung** von Nicht-Staatsangehörigen unabhängig davon, ob diese einen anerkannten Asylstatus genießen bzw. sich rechtmäßig auf dem Territorium des Staates aufhalten oder nicht.¹⁶ Abschiebungen oder Auslieferungen in einen Staat, in welchem für den Abzuschiebbenden **unmenschliche Behandlung oder Folter** droht, sind aufgrund des sog. **Non-Refoulement-Grundsatzes** verboten. Dieser menschen- bzw. flüchtlingsrechtliche Fundamentalgrundsatz ist in Art. 33 Abs. 2 GFK und Art. 3 Abs. 1 der Anti-Folterkonvention niedergelegt und hat zudem durch die Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) zu Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) eine richterrechtliche Ausprägung erfahren.¹⁷ Danach sind Maßnahmen generell unzulässig, die im Ergebnis dazu führen, dass ein Geflüchteter auf irgendeine Weise in ein Land verbracht wird, in dem ihm eine unmenschliche Behandlung droht.¹⁸

14 Vgl. etwa Art. 13 VN-Zivilpakt von 1966 oder Art. 1 des Protokolls Nr. 7 zur EMRK. Die völkerrechtlichen Regelungen zu Abschiebung bzw. Ausweisung (*Refoulement*-Verbot) werden in der Völkerrechtsliteratur im weiteren Sinne als Teil des Asylrechts behandelt (vgl. *Goodwin-Gill/McAdam*, *The Refugee in International Law*, Oxford, 4. Aufl. 2021, S. 245 ff.).

15 Vgl. näher *Hoppe*, in: Karpenstein/Mayer (Hrsg.), *EMRK. Kommentar*, München, 3. Aufl. 2022, Art. 4 ZP IV Rn. 2 mit Nachweisen der EGMR-Rechtsprechung; *Villiger*, *Handbuch der EMRK*, 3. Aufl. 2020, § 30 Rn. 927.

16 *Hruschka*, in: ders. (Hrsg.), *Genfer Flüchtlingskonvention. Handkommentar*, Baden-Baden: Nomos 2022, Einl. Rn. 22.

17 Näher *Gornig*, *Völkerrecht*, München: Beck 2023, § 113 Rn. 1 ff.

18 *Marx*, *Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht. Handkommentar*, Baden-Baden 8. Auflage 2023, § 9 Rn. 8, https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata%2Fkomm%2FMarxHdbAAF_8%2Fcont%2FMarxHdbAAF%2Eglsect9%2EglA%2EglII%2Egl1%2Ehtm.

2. Loslösung von völkerrechtlichen Verträgen

2.1. Überblick

Zu den Fundamentalnormen des Völkerrechts gehört der Satz „*pacta sunt servanda*“ (vgl. Art. 26 der Wiener Vertragsrechtskonvention). Von daher kennt das Völkerrecht nur einen begrenzten Kanon an Möglichkeiten für eine Loslösung von völkerrechtlichen Verträgen.¹⁹

Neben der **Beendigung des Vertrages durch Rücktritt bzw. Kündigung**, die im Vertrag selbst geregelt sein kann (aber nicht muss),²⁰ besteht die Möglichkeit einer **Suspendierung** unter engen rechtlichen Voraussetzungen.²¹ Suspendierung und Kündigung beziehen sich nur auf den **Vertrag als Ganzen**, nicht dagegen auf einzelne Vertragsnormen. Die Kündigung **einzelner Vertragsbestimmungen ist daher nicht zulässig**.

Allein im Falle eines **öffentlichen Notstandes**, der das Leben der Nation bedroht (z. B. durch Krieg etc.), sehen menschenrechtliche Verträge die Möglichkeit zur **Derogation**, also zur vorübergehenden Aussetzung **einzelner Vertragspflichten** vor, wobei bestimmte Normen derogationsfest sind.²² Die Möglichkeit zur Derogation muss im Vertrag ausdrücklich vorgesehen sein.²³ Art. 9 GFK ermöglicht es, vorläufige Maßnahmen in Kriegszeiten oder im Ausnahmezustand anzuwenden. Stützt sich ein Staat auf diese Bestimmung, kann er zumindest einzelne Rechte, welche die GFK anerkannten Flüchtlingen einräumt, derogieren.²⁴

Schließlich besteht die Möglichkeit, den Anwendungsbereich eines Vertrages durch **Vorbehalte**, die anlässlich einer Ratifizierung des Vertrages anzubringen sind, einzuschränken.

19 Vgl. dazu Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste, „Zur Loslösung von völkerrechtlichen Verträgen“, WD 2 - 3000 - 008/24, <https://www.bundestag.de/resource/blob/994502/45c7c30f0e77c87864fb899413cf67fa/WD-2-008-24-pdf.pdf>.

20 Ist eine Kündigungsklausel im Vertrag nicht explizit verankert, bleibt ein Rückgriff auf die allgemeinen Regelungen der Wiener Vertragsrechtskonvention (WVRK) über die Beendigung von Verträgen (Art. 54 ff. WVRK) möglich; anderenfalls geht die vertragliche Kündigungsklausel als *lex specialis* vor.

21 Vgl. Art. 57 ff. WVRK, die eine Suspendierung des Vertrages im gegenseitigen Einvernehmen aller Vertragsparteien, durch eine entsprechende Übereinkunft der Vertragsstaaten oder infolge einer erheblichen Vertragsverletzung einer Vertragspartei ermöglichen, wobei die Suspendierung dann nur im Verhältnis zu dem vertragsbrüchigen Staat möglich ist. Die in der WVRK normierten Suspendierungsgründe sind mit Blick auf sog. „*law making treaties*“ (wie die GFK oder menschenrechtliche Verträge) praktisch nicht einschlägig. Letztere sehen spezielle rechtliche Instrumentarien (z. B. Staatenbeschwerde) vor, um auf Vertragsverletzungen von Mitgliedstaaten zu reagieren.

22 Näher Müller/Prantl, in: Hruschka (Hrsg.), Genfer Flüchtlingskonvention. Handkommentar, Baden-Baden: Nomos 2022, Art. 9 Rn. 27 ff.

23 So etwa in Art. 15 EMRK oder Art. 4 VN-Zivilpakt.

24 Näher Hinterberger, in: Hruschka (Hrsg.), Genfer Flüchtlingskonvention. Handkommentar, Baden-Baden: Nomos 2022, Art. 9 Rn. 2.

2.2. Kündigungsklauseln

Die wesentlichen völkervertragsrechtlichen Instrumente mit asylrechtlichem Einschlag (GFK, EMRK) enthalten Klauseln zur **Kündigung** des Vertragswerks als **Ganzes**.

Art. 44 **GFK** lautet:

„Jeder vertragschließende Staat kann das Abkommen **jederzeit** durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu richtende **Mitteilung** kündigen. Die Kündigung wird für den betreffenden Staat **ein Jahr nach dem Zeitpunkt wirksam**, an dem sie beim Generalsekretär eingegangen ist.“

Art. 58 **EMRK** lautet:

„Eine Hohe Vertragspartei kann diese Konvention frühestens fünf Jahre nach dem Tag, an dem sie Vertragspartei geworden ist, unter Einhaltung einer **Kündigungsfrist von sechs Monaten** durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete **Notifikation** kündigen [...].“

Der **VN-Zivilpakt**²⁵ enthält **keine Kündigungsklausel**. Der zur Auslegung des Zivilpakts eingesetzte **VN-Menschenrechtsausschuss** (*Human Rights Committee*) hat in seinem *General Comment* No. 26 vom 8. Dezember 1997 festgehalten, dass ein **Rücktritt** vom VN-Zivilpakt **nicht zulässig** ist.²⁶

2.3. Kündigungspraxis

Die Kündigung völkerrechtlicher Verträge ist ein **exekutiver Akt** (Bundesregierung), der **keiner parlamentarischen Zustimmung** bedarf.²⁷ Von der Kündigungsklausel der **GFK** hat indes **bislang kein Staat Gebrauch gemacht**.²⁸ Die Kündigungsklausel der **EMRK** ist **bisher nur einmal zur Anwendung** gelangt, als **Griechenland im Jahre 1969** (während der Militärdiktatur von 1967-1974)

25 Text abrufbar unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICCPR/ICCPR_Pakt.pdf.

26 CCPR/C/21/Rev.1/Add.8/Rev.1, <https://www.refworld.org/legal/general/hrc/1997/en/7943>. Der VN-Menschenrechtsausschuss führt aus: „As such, the Covenant does not have a temporary character typical of treaties where a right of denunciation is deemed to be admitted, notwithstanding the absence of a specific provision to that effect. [...] The Committee is therefore firmly of the view that international law does not permit a State which has ratified or acceded or succeeded to the Covenant to denounce it or withdraw from it.“

27 So die herrschende Auffassung in Literatur und Rechtsprechung; vgl. BVerfG, Beschl. v. 15. Dezember 2015, BVerfGE 141, 1 Rn. 55, 89 – *Treaty Override*), *Kempen/Schiffbauer*, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, München: Beck, 8. Auflage 2024, Art. 59 Rn. 88.

28 So *Hruschka* (Hrsg.), GFK-Handkommentar, Baden-Baden: Nomos, Art. 44 Rn. 1.

aus der EMRK ausschied, sie dann aber 1974 erneut ratifizierte.²⁹ In einigen EMRK-Mitgliedstaaten (z. B. in Großbritannien) ist eine Kündigung der EMRK allerdings Gegenstand von politischen Diskussionen (gewesen).

2.4. Vorbehalte

Einige GFK-Mitgliedstaaten haben anlässlich ihrer Ratifikation³⁰ den **Anwendungsbereich** der GFK durch entsprechende **Vorbehalte** (nach Maßgabe von Art. 42 GFK) **eingeschränkt**.³¹ Ein Beispiel dafür ist die Türkei, die die GFK nur mit einem „geographischen Vorbehalt“ ratifiziert hat: Sie gewährt nur Flüchtlingen aus Europa vollen Konventionsschutz; Flüchtlinge aus anderen Regionen erhalten lediglich temporären oder bedingten Schutz, der jederzeit beendet werden kann. Solche Einschränkungen bedeuten jedoch **keine Aussetzung der Konvention**, sondern eine – völkerrechtlich zulässige – Begrenzung ihrer Anwendung im nationalen Recht. Die Kündigung eines Vertrages ist **unwirksam**, wenn sie allein dem Zweck dient, bei einem **erneuten Beitritt** einen **Vorbehalt** anzubringen.³²

3. Völkergewohnheitsrecht

Soweit **Kernbestände** der EMRK oder der GFK Ausdruck von **Völkergewohnheitsrecht** sind, kann sich eine Vertragspartei **von diesen Bindungen auch durch eine Kündigung oder Suspendierung der Verträge nicht lösen**.³³ Dies gilt insbesondere für das **gewohnheitsrechtlich abgestützte Refoulement-Verbot** aus Art. 33 Abs. 2 GFK und Art. 3 EMRK.³⁴ Der *Non-Refoulement*-Grundsatz bindet die Staaten daher auch *nach* einer etwaigen Kündigung der GFK oder der EMRK.

29 Renger, in: Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer (Hrsg.), EMRK-Kommentar, 5. Auflage 2023, Baden-Baden: Nomos, Art. 58 Rn. 2. **Russland** ist infolge seines Ausschlusses aus dem Europarat (vgl. Resolution des Ministerkomitees vom 16. März 2022) auch aus der EMRK ausgeschieden (vgl. insoweit die Regelung in Art. 58 Abs. 3: „Mit derselben Maßgabe scheidet eine Hohe Vertragspartei, deren Mitgliedschaft im Europarat endet, als Vertragspartei dieser Konvention aus“). Zu den näheren Umständen des Ausscheidens Russlands aus dem Europarat nach dem russischen Überfall auf die Ukraine vgl. Renger, a.a.O., EMRK-Kommentar, Art. 58 Rn. 4, https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm/MeyerLadewigEMRKKo_5/EMRK/cont/MeyerLadewigEMRKKo.EMRK.a58.htm.

30 *Nach* Wirksamwerden eines völkerrechtlichen Vertrages können keine Vorbehalte mehr angebracht werden.

31 https://treaties.un.org/pages/ViewDetailsII.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=V-2&chapter=5&Temp=mtdsg2&clang=en#EndDec. Deutschland hat keinen Vorbehalt angebracht.

32 So Arndt/Engels, in: Karpenstein/Mayer (Hrsg.), EMRK. Kommentar, München, 3. Auflage 2022, Art. 58 Rn. 4.

33 Arndt/Engels, in: Karpenstein/Mayer (Hrsg.), EMRK. Kommentar, München, 3. Auflage 2022, Art. 58 Rn. 2. Für eine umfassende Anerkennung der EMRK als regionales Völkergewohnheitsrecht Giegerich, in: Dörr/Grote/Marauhn (Hrsg.), Konkordanz-Kommentar, 3. Aufl. 2022, Kap. 2 Rn. 56 ff.

34 Ausführlich Goodwin-Gill/McAdam, The Refugee in International Law, Oxford 4. Aufl. 2021, S. 300 ff.

Eine **Derogation** (Aussetzung) des *Refoulement*-Verbots wäre auch im **Notstandsfall** nicht möglich, da es sich um **derogationsfestes Völkerrecht** handelt (vgl. Art. 15 Abs. 2 EMRK, Art. 4 Abs. 2 VN-Zivilpakt).³⁵

4. Fazit

- Die völkerrechtlichen Regelungen zum „Asyl“ sind – im Vergleich zum deutschen und europäischen Recht – schwach ausgeprägt: Sie gewähren **keinen menschenrechtlich abgestützten Individualanspruch auf Asyl**, setzen aber **aufenthaltsbeendenden Maßnahmen** der Staaten (Abschiebung, Rückführung etc.) **dezidierte rechtliche Grenzen**.
- Die **menschen- und konventionsrechtlich abgestützten Kernbestände des Flüchtlingsrechts** (*Refoulement*-Verbot, wohl auch das Verbot von Massenausweisungen³⁶) sind Teil des **Völkergewohnheitsrechts**, wenn nicht sogar „**zwingendes Völkerrecht**“ (*ius cogens*).³⁷ Sie genießen gewissermaßen „Bestandsschutz“, d. h. sie erzeugen für die Staaten **rechtliche Bindungen unabhängig davon**, ob entsprechende völkerrechtliche Verträge **ratifiziert** bzw. **gekündigt wurden oder nicht**. Zwingendes Völkerrecht lässt sich weder „kündigen“ noch „aussetzen“ (suspendieren / derogieren).
- Eine Kündigung von **universellen völkerrechtlichen Verträgen** wie der GFK (derzeit: 146 Mitgliedstaaten³⁸), welche menschen- bzw. flüchtlingsrechtliche **Standards kodifizieren** (sog. „*law-making treaties*“),³⁹ würde das **Völkerrecht nachhaltig beschädigen**. Eine Kündigung würde zudem die **Glaubwürdigkeit** eines Staates, der sich der Aufrechterhaltung einer **regelbasierten Ordnung** verpflichtet fühlt, **untergraben**. Nicht von ungefähr tendiert die **Kündigungspraxis** von *law-making treaties* international gegen Null.

35 Ein Abweichen vom *Non-Refoulement*-Grundsatzes ist auch über Art. 9 GFK nicht möglich (so *Hinterberger*, in: Hruschka (Hrsg.), Genfer Flüchtlingskonvention. Handkommentar, Baden-Baden 2022, Art. 9 Rn. 2).

36 In diese Richtung wohl *Doehring*, „Die Rechtsnatur der Massenausweisung“, in: ZaöRV 1985, S. 372-389 (381 ff.), https://www.zaoerv.de/45_1985/45_1985_2_a_372_389.pdf.

37 *Goodwin-Gill/McAdam*, The Refugee in International Law, Oxford, 4. Aufl. 2023, S. 256 ff. mit Verweisen auf die entsprechende Staatenpraxis.

38 Vgl. zum Status der GFK die *UN Treaty Collection*, https://treaties.un.org/pages/ViewDetailsII.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=V-2&chapter=5&Temp=mtdsg2&clang=en.

39 Vgl. zum Begriff *Arnould*, Völkerrecht, Heidelberg, 5. Aufl. 2023, Rn. 197.

-
- Angesichts der Anzahl von Personen, die nach deutschem Recht einen Asylstatus (nach Art. 16a GG), einen Flüchtlingsstatus (nach § 3 AsylG) bzw. einen subsidiären Schutzstatus (nach § 4 AsylG) erhalten haben oder unter ein Abschiebungsverbot aufgrund internationaler Abkommen fallen (vgl. § 60 AufenthG),⁴⁰ stellt sich die Frage, ob ein Austritt Deutschlands aus der GFK überhaupt ein **probates (rechtliches) Mittel** wäre, um das (wie auch immer geartete) **politische Ziel einer nachhaltigen bzw. umfassenden Begrenzung von Zuwanderung** nach Deutschland zu erreichen.

40 Vgl. etwa Statista, „Gesamtzuschutzquote bei Asylanträgen in Deutschland von 2015 bis 2025“ (Stand: 13.5.2025), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/452067/umfrage/gesamtzuschutzquote-der-asylbewerber-in-deutschland/> sowie BAMF, Jahresbericht 2024, Überblick S. 3, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-dezember-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=3#page=3.